

Nichtraucher werden besser geschützt

Drogenbeauftragte: Zur Not soll Gesetz die Gastronomie dazu zwingen - Cannabis-Konsum steigt

von Claudia Ehrenstein

DIE WELT: Frau Bätzing, die Union stellt sich gegen Ihre Pläne, Drogenabhängigen das sogenannte Heroin auf Rezept zu verordnen. Was sagen Sie dazu?

Sabine Bätzing: Das laufende Modellprojekt in sieben deutschen Städten hat gezeigt, daß die kontrollierte Abgabe von Heroin für einen begrenzten Kreis von Langzeit-Drogenabhängigen deutlich bessere Ergebnisse bringt als die Methadon-Substitution. Ich sehe das Heroin-Projekt als einen kleinen Baustein in unserem umfassenden Drogenhilfesystem. Etwa 1000 bis maximal 1500 Schwerstheroinabhängige werden davon profitieren.

WELT: Dafür lassen Sie es auch auf einen Streit mit dem Koalitionspartner ankommen?

Bätzing: Natürlich müssen da noch ideologische Gräben überwunden werden. Aber für einen Teil der Drogenabhängigen ist eine Heroin-Therapie letzte Rettung und Hilfe zum Überleben. Es verbessert ihren Gesundheitszustand und stabilisiert ihre soziale Situation. Das werden auch die Kollegen der Union einsehen. Baden-Württembergs CDU-Sozialministerin Monika Stolz hat sich bereits für die kontrollierte Heroinabgabe ausgesprochen. Städte und Kommunen wollen die Heroin-Therapie fortführen, weil sie sehen, welche Vorteile es auch für die Kriminalitätsbekämpfung und die Innere Sicherheit bringt.

WELT: Das Modellprojekt läuft am 30. Juni aus. Sie müssen sich also beeilen, um ein Gesetz für die Heroin-Abgabe zu schaffen.

Bätzing: Ich gehe davon aus, daß wir bis zur Sommerpause einen entsprechenden Gesetzentwurf diskutieren können und bis Ende des Jahres ein Gesetz verabschiedet haben. Das Betäubungsmittelgesetz muß geändert werden. Und wir müssen uns auf die Vergabemodalitäten verständigen. Eine Take-home-Regelung wie bei Methadon lehne ich ab, um Mißbrauch auszuschließen.

WELT: Was bringt das aufwendige deutsche Drogenhilfssystem?

Bätzing: In den letzten Jahren ist die Zahl der Drogentoten kontinuierlich zurückgegangen. Sorge bereitet der steigende Konsum von Cannabis. Das Kiffen wurde in den letzten Jahren entweder bagatellisiert oder aber dramatisiert. Ich will eine sachliche Risikodebatte führen. Viele Jugendliche wissen nicht, wie gefährlich Cannabis in ihrem Alter tatsächlich ist. Sie müssen wissen, daß es gerade bei jungen Menschen zur Abhängigkeit und psychischer Krankheit führen kann.

WELT: Der Weg zum Cannabis führt meist über das Rauchen.

Bätzing: Es ist wichtig, auch die legalen Drogen wie Tabak und Alkohol in die Suchtprävention gerade von Jugendlichen mit einzubeziehen. Wer noch nie geraucht hat, wird auch nicht so schnell zum Joint greifen. Die Präventionsmaßnahmen gegen das Rauchen zeigen bei Jugendlichen erste Erfolge. Die Raucherquote sinkt. Sie liegt jetzt in der Altersgruppe zwischen zwölf und 17 Jahren bei 20 Prozent. In der letzten Sitzung des Drogen- und Suchtrates haben wir beschlossen, sie bis zum Jahr 2008 auf unter 17 Prozent zu senken.

WELT: Ist der Kampf gegen das Rauchen nicht unglaublich, solange sich die Bundesregierung weigert, das EU-Tabakwerbeverbot umzusetzen.

Bätzing: Mit dem Tabakwerbeverbot will die EU-Kommission ja vor allem den Jugendschutz stärken. Was den Jugendschutz angeht, haben wir unsere Hausaufgaben gemacht. Verbot von Tabakwerbung in Kinos vor 18 Uhr, Verbot der kostenlosen Abgabe von Zigaretten, Verbot von Kleinstverpackungen mit zehn Zigaretten.

WELT: Beim Schutz der Nichtraucher vor Rauchern setzen Sie vor allem auf Freiwilligkeit. Reicht

das?

Bätzing: Nichtraucher müssen stärker geschützt werden. Im ersten Schritt setzen wir dabei in der Tat auf Freiwilligkeit und Selbstverantwortung. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) hat es nach eigenen Angaben jedoch gerade einmal geschafft, bis zum 1. März in 30 Prozent der Betriebe 31,5 Prozent der Plätze als rauchfrei auszuweisen. 30 Prozent waren freiwillig vereinbart. Das Ergebnis ist also sehr knapp. Bis zum 1. März 2007 sollen 60 Prozent der Restaurants 40 Prozent der Plätze als rauchfrei ausweisen. Ich werde bis zu diesem Stichtag eine eigene Überprüfung vornehmen lassen.

WELT: Und wenn diese Hürde nicht genommen wird?

Bätzing: Dann behalten wir uns vor, eine gesetzliche Regelung für die Gastronomie anzustreben. So steht es in der Vereinbarung mit der Dehoga. Ich habe zwar noch keinen fertigen Gesetzentwurf in der Schublade, aber viele Nachbarstaaten haben bereits vorgemacht, wie ein Rauchverbot aussehen kann.

WELT: Würde ein Rauchverbot alle öffentliche Räume betreffen?

Bätzing: Das werden wir dann diskutieren. In unserem föderalen System gibt es für Länder und Kommunen ja schon viele Möglichkeiten, in öffentlichen Räumen Rauchverbote auszusprechen, etwa in Schulen. Vor zehn Jahren hätte es sich kaum jemand träumen lassen, daß in Flugzeugen nicht geraucht werden darf. Heute sind rauchfreie Flüge eine Selbstverständlichkeit.

Das Gespräch führte Claudia Ehrenstein
Artikel erschienen am Di, 2. Mai 2006

| © WELT.de 1995 - 2006